

AUS DER SESSION



Landesversorgung wird modernisiert

Das Landesversorgungsgesetz ist noch vom Kalten Krieg geprägt. Der Bundesrat schlägt darum eine Modernisierung vor. Diese Totalrevision hat der Ständerat einstimmig gutgeheissen. Die Behörden sollen rascher als heute eingreifen können, um Mangellagen abzuwenden. Zudem werden die veränderten Abläufe der Wirtschaft abgebildet: Weil Rohstoffe oder Ersatzteile kaum noch auf Vorrat gehalten werden, müssen Stromversorgung, Logistik, Informations-, Kommunikations- und Finanzdienstleistungen sichergestellt werden. Zudem müssen die Betriebe ihre Produktion aufrechterhalten können. Der Bundesrat kann im Notfall die dafür nötigen Anordnungen treffen. Die Grundstruktur der Landesversorgung mit der Pflichtlagerhaltung durch die Wirtschaft wird aber nicht angetastet.

Ärzte müssen Sprachen können

Ärztinnen und Ärzte müssen eine Landessprache beherrschen, wenn sie in der Schweiz arbeiten wollen. Die Sprachkenntnisse sind jedoch nicht Voraussetzung für einen Eintrag ins Berufsregister. Der Nationalrat ist teilweise auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt. In der Verantwortung stehen demnach die Arbeitgeber, also die Spitäler und bei Praxisbewilligungen die Kantone. Sie müssen künftig prüfen, ob die Ärzte über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügen. Noch uneinig sind sich National- und Ständerat in der Frage, ob Arbeitgeber gebüsst werden können, wenn sie einen Arzt beschäftigen, dem es an Sprachkenntnissen mangelt.

Kein Ausbau der Exportversicherung

Der Nationalrat hat eine Motion seiner Wirtschaftskommission abgelehnt, welche eine bessere Exportrisikoversicherung forderte. Schweizer Exportunternehmen sollten sich günstig gegen Wechselkurschwankungen versichern können, verlangte die Kommissionsmehrheit. Im Nationalrat hatte das Anliegen aber keine Chance, es wurde mit 105 zu 64 Stimmen bei einer Enthaltung verworfen. (sda)

«Fan-Explosion» für die Grünen

Kampagne auf Facebook

fi. · Obwohl der eidgenössische Wahlkampf noch nicht richtig angelaufen ist, konnte eine Partei einen ersten Kampagnenerfolg verbuchen: Die Zahl der Facebook-Fans der Grünen verdoppelte sich gemäss dem Social-Media-Analyse-Dienst Pluragraph innert drei Wochen. Mittels einer Kampagne zur Erhöhung der Reichweite haben die Grünen einen Sprung von 2200 auf fast 4700 Fans erzielt. Die insgesamt 30 bezahlten Anzeigen wurden gezielt auf individuelle Interessen abgestimmt und betrafen «grüne» Themen wie Energiewende, Datenschutz und Fair Food. Dabei operierten die Grünen mit einem minimalen Tagesbudget von je 8 Franken. «Für finanzschwächere Parteien wie die Grünen sind Online-Kanäle gute Möglichkeiten, um unsere Positionen und Stellungnahmen an die Leute zu bringen», sagte Kampagnenleiterin Brigitte Marti.

Beispiele zeigen aber, dass Facebook-Seiten mit einem enorm hohen Wachstum auf den Kauf gefälschter Profile zurückgehen. Oftmals haben billige ausländische Agenturen für den Zuwachs von inaktiven Fans gesorgt. Bei den Grünen gibt es in dieser Hinsicht Entwarnung: Eine Auswertung der NZZ zeigt, dass 90 Prozent der insgesamt gewonnenen Facebook-Fans ihren Sitz tatsächlich in der Schweiz haben.

Ärzte und Apotheker in der Pflicht

Laut Nationalrat sollen auch Ärzte zwingend elektronisches Patientendossier anbieten

Im Grundsatz ist fast niemand gegen das elektronische Patientendossier. Bei den Modalitäten scheiden sich jedoch die Geister. Im Gegensatz zum Ständerat will der Nationalrat die Leistungserbringer zur Teilnahme verpflichten.

For. Bern · Es ist wie mit dem schönen Wetter: Gegen die Einführung des elektronischen Patientendossiers kann man eigentlich fast nicht ankämpfen. Die Vorlage passierte am Mittwoch im Nationalrat die Gesamtstimmung mit 175 zu 4 Stimmen. Das neue Gesetz befähigt den Bund, schweizweit Standards für das elektronische Patientendossier einzuführen. In mehreren Kantonen laufen Arbeiten zur Einführung des elektronischen Patientendossiers. Mit einheitlichen Regeln will der Bund verhindern, dass viel Geld in Systeme investiert wird, die untereinander nicht kompatibel sind und sich nicht vernetzen lassen. Es sei höchste

Zeit für ein Rahmengesetz, sagte Bundesrat Alain Berset.

«Noch immer bearbeitet die Mehrheit der Ärzte die Daten auf Papier, kommuniziert wird schriftlich per Post oder per Fax», sagte Ruth Humbel (cvp., Aargau). Eine reibungslose Kommunikation zwischen Leistungserbringern und Patienten sowie unter den Leistungserbringern sei für Qualität und Patientensicherheit von zentraler Bedeutung. Andere Votanten zeigten sich zudem überzeugt, dass mit dem E-Patientendossier Patienten effizienter behandelt würden. Die grüne Nationalrätin und Ärztin Yvonne Gilli warnte jedoch vor zu grossen Erwartungen. E-Health sei nicht mehr und nicht weniger als ein zeitgemässes Instrument der Datenbearbeitung. «Über Qualität und Effizienz entscheiden die Menschen, die dieses Instrument benutzen», sagte Gilli. «Mit Copy/Paste» könnten mindestens so viele Behandlungsfehler generiert wie eliminiert werden.

Mehrere Redner unterstrichen die Bedeutung des Datenschutzes. Dazu dienten eine eigene Identifikationsnum-

mer und die dezentrale Speicherung. Zudem können die Patienten selber festlegen, welche Ärzte und sonstige Fachpersonen Zugriff auf die Daten erhalten. Sie können auch selbst Einsicht nehmen, während dies Arbeitgeber und Krankenkassen verwehrt bleibt.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob die Teilnahme für Ärzte, Apotheker und andere Leistungserbringer freiwillig sein soll, wie dies Bundes- und Ständerat beschlossen haben. Bei den Patienten besteht Konsens zur Freiwilligkeit. Mit dem Zwang werde die Akzeptanz der Vorlage gefährdet, gaben die Skeptiker zu bedenken. Eine Mehrheit von 114 gegen 62 Stimmen setzte sich dennoch durch und entschied, die Leistungserbringer in die Pflicht zu nehmen. Das elektronische Patientendossier bringe nur etwas, wenn alle Leistungserbringer mitmachen würden, sagte Sebastian Frehner (svp., Basel-Stadt). Um die Umstellung zu erleichtern, soll im ambulanten Bereich eine Übergangsfrist von 10 Jahren gelten. Die ältere Ärztegeneration sei dann pensioniert.

Das UKW-Radio soll verschwinden

Die Medienbranche will geschlossen dem Digitalradio DAB+ zum Durchbruch verhelfen

Im kommenden Jahrzehnt soll das Digitalradio DAB+ den UKW-Betrieb ablösen. SRG und Privatsender haben am Mittwoch vereinbart, den Systemwechsel gezielt voranzutreiben.

ras. · Ab dem Jahr 2020 sollen die UKW-Sender sukzessive eingestellt werden, und bis 2024 müssen die Schweizer gänzlich vom UKW-Betrieb Abschied nehmen: So will es die hiesige Radiobranche, die am Mittwoch in Bern eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet hat. Diese sieht gemeinsame Anstrengungen in den Bereichen Technik, Marketing und Kommunikation vor, damit die Bevölkerung für den Wechsel ins digitale Radiozeitalter gewonnen werden kann. Unterzeichnet haben das Papier der Verband Schweizer Privatradios, die Radios Régionales Romandes, die Union nicht-kommerzieller Lokalradios sowie die SRG.

Geplant ist, Ende 2018 einen Abschaltplan festzulegen. Bis dahin soll die Nutzung des digitalen Radios auf 68 Prozent oder mehr gesteigert werden, wie es in der Vereinbarung heisst. Gemäss Schätzungen stehen derzeit in den

Haushalten über 1,7 Millionen Geräte, welche den Empfang von Digitalradios gemäss dem Standard DAB+ erlauben.

Der Erfolg des geplanten Umbaus hängt allerdings davon ab, dass das Stimmvolk die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes am 14. Juni gutheisst. Denn dieses eröffnet den Radios die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung für den Systemwechsel zu erhalten. So könnten zu diesem Zweck 10 Prozent des Überschusses der Gebührenanteile für lokal-regionale Veranstalter verwendet werden (insgesamt 67 Millionen Franken) – bei der Beratung des Radio- und Fernsehgesetzes hatte sich das Parlament dagegen entschieden, die überschüssigen Gelder den Gebührenzahlern zurückzuerstatten.

Die Privatradios haben lange gezögert, DAB+ zur Verbreitung ihrer Programme einzusetzen. Denn diese verursacht Zusatzkosten, solange der UKW-Betrieb aufrechterhalten werden muss; nach dessen Einstellung würden die Sendekosten klar sinken. Vor Jahren zeichnete sich allerdings ein Mentalitätswandel ab. Nach und nach buchten die Sender eine Frequenz. Etwa die Hälfte der Privatradios nutzen nun DAB+. Damit die Umstellung gelingt, müssen aber alle am selben Strick zie-

hen. Dabei werden die Interessenvertreter der Privatradios bei ihren Mitgliedern noch Überzeugungsarbeit zu leisten haben. Die am Mittwoch unterzeichnete Vereinbarung wird nämlich erst tragfähig, wenn 80 Prozent der Privatradios – diese Zahl wird aufgrund der Gesamtreichweite der Sender ermittelt – bis drei Monate nach der Volksabstimmung in den Marschplan einwilligen. Falls die Vorlage abgelehnt wird, wäre der Plan ohnehin gescheitert.

Die Radiobranche hat im vergangenen Dezember einen Bericht zur digitalen Migration publiziert. Darin heisst es, dass «UKW als letztes analoges Glied in der sonst durchgehend digitalisierten Radiowelt die Kapazitätsgrenzen erreicht hat». Die technischen Möglichkeiten seien ausgereizt; in der Schweiz gebe es seit langem keine freien UKW-Frequenzen mehr. Neue Kapazitäten kann hier das Digitalradio schaffen – und damit etwa auch Möglichkeiten für sprachregionale Radios auf kommerzieller Basis. Die Schweiz spielt bei der Entwicklung des Digitalradios eine Pionierrolle. Ob andere Länder mitziehen werden, steht noch nicht fest. Allenfalls könnte die Schweiz nach 2024 zur UKW-freien Insel in Europa werden, heisst es im erwähnten Bericht.

Waldwirtschaft leidet unter Frankenstärke

Mehraufwand entschädigen

(sda) · Der Wertzerfall des Euro gegenüber dem Franken verschärft das Problem der häufig defizitären Forstbetriebe. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) hat im Hinblick auf den Internationalen Tag des Waldes vom Samstag warnend darauf hingewiesen, dass langfristig die Erhaltung der gesellschaftlich erwünschten Funktionen des Waldes nicht mehr garantiert sind. Gestützt auf die Waldpolitik 2020 des Bundes setzt sich das Bafu dafür ein, die Leistungen der Wälder, die zu Wohlfahrt und Wohlwandel beitragen, in optimalem Umfang sicherzustellen, wie aus einer Mitteilung hervorgeht. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es nötig, den Mehraufwand der Bewirtschafter und ihre Mindererlöse für gewünschte Leistungen abzugelten, so wie dies in Schutzwäldern zur Vorbeugung und Abwehr von Naturgefahren bereits grösstenteils der Fall sei. Im Rahmen der Anpassung an den Klimawandel rechnet das Bafu auf Bundesebene mit Zusatzkosten von zehn Millionen Franken pro Jahr für die Intensivierung der Schutzwaldpflege.

Burkhalter in Sri Lanka

Besuch eines Schweizer Projekts und politische Gespräche

(sda) · Bundesrat Didier Burkhalter sieht im Wiederaufbau von durch Krieg und Tsunami zerstörten Häusern in Sri Lanka Zeichen der Hoffnung für die Bevölkerung. Zum Abschluss seines zweitägigen Aufenthalts in Sri Lanka besuchte er am Mittwoch ein Projekt, dessen Strukturen wiederhergestellt werden. Das Dorf Akkarai im tamilisch dominierten Norden war während des Bürgerkriegs zerstört worden. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützt den Wiederaufbau der 35 Häuser.

Die Häuser seien ein Zeichen, dass gemeinsames Engagement den Menschen «neue Hoffnung und Perspektiven» geben könne, wurde Burkhalter in einer Mitteilung des Aussendepartements (EDA) zitiert. Er freue sich über den Schweizer Beitrag, mit dem die Bevölkerung «nach den schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit» jetzt selbst an ihrer Zukunft baue. Das Wiederaufbauprojekt umfasst alle durch den Bürgerkrieg zerstörten Strukturen: Häuser, Schulen, Wasserversorgung, Privatwirtschaft und sonstige Lebensgrundlagen.

Am Vortag hatte Burkhalter in der Hauptstadt Colombo Gespräche mit der neuen Regierung geführt, die seit Januar im Amt ist. Gegenüber Staatspräsident Maithripala Sirisena, Premierminister Ranil Wickremesinghe und Aussenminister Mangala Samaraweera drückte Burkhalter seine Anerkennung für die friedlichen Wahlen und die von der Regierung eingeleiteten Reformen aus. Den Reformen liegt ein politisches Bekenntnis zur Gleichbehandlung aller ethnischen Volksgruppen zugrunde. Mit Premierminister Wickremesinghe, der auch für das Wirtschaftsressort zuständig ist, erörterte Burkhalter einen möglichen Ausbau der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Ferner kam Burkhalter mit Vertretern der Tamil National Alliance (TNA) zusammen. Mit dem Führer der wichtigsten tamilischen Partei, Rajavaritham Sampathan, und dem Parlamentsabgeordneten Mathiaparanan Abraham Sumanthiran sprach Burkhalter über den Versöhnungsprozess in Sri Lanka.



WAHLFÄNGER

Halali in Graubünden

Markus Hüfliger, Bern · Eigentlich ist derzeit nicht Jagdsaison, doch in Graubünden ist soeben das Halali auf den grünliberalen Nationalrat Josias Gasser eröffnet worden. Gassers Vergehen: Er drückte in der Abstimmung zum Finanzausgleich (NFA) aus Sicht der Zeitung «Südostschweiz» den falschen Knopf. Während die übrigen sechs Bündner Parlamentarier allesamt brav für die NFA-Maximierung zum Wohle Graubündens stimmten, hatte Gasser das grössere Ganze im Auge. Er trete ein für einen «vertretbaren Finanzausgleich» und «gegen eine unverhältnismässige Abzockerei», hielt Gasser nach der Abstimmung fest. Er wolle eine Brücke zwischen den Geber- und den Nehmerkantonen bauen.

Beim Bündner Beinahe-Monopolblatt hat man für diese Haltung null Verständnis. Sogar wenn Gasser von «hehren» Motiven getrieben sei, handle er «reichlich naiv», schreibt der Chefredaktor auf der Titelseite. Übertitelt ist sein Kommentar mit dem altruistischen und im Bündnerland offenbar besonders beliebten Sinnspruch: «Das Hemd ist näher als die Jacke.» Immerhin, rechnet das Blatt, könnte der Kanton bis zu 14,5 Millionen Franken verlieren.

Was kümmert es irgendwen in Chur, wenn sogar die Bündner Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sagt, die jetzt vorgesehenen Kürzungen beim NFA seien von Beginn weg im System eingebaut gewesen? Auf solche Einwände hat die «Südostschweiz» eine entwandend ehrliche Antwort parat: Die Position der Zeitung möge aus «nationaler Gesamtsicht fragwürdig» sein, sie sei «jedoch im Interesse Graubündens». Und so ruft das Blatt zwischen den Zeilen mehr als deutlich zu Gassers Abwahl auf. Tatsächlich ist Josias Gasser im Nationalrat bis jetzt nicht besonders aufgefallen. Spätestens mit seinem Verhalten in der NFA-Debatte ist aber klar: Mehr Nationalräte wie Gasser braucht das Land.

IN KÜRZE

Syrien-Sanktionsliste erweitert

(sda) · Die Schweiz hat ihrer vor bald vier Jahren beschlossenen Syrien-Sanktionsliste erstmals Personen angefügt, die mit der Herstellung und Verwendung von Chemiewaffen zu tun hatten. Auch eine dem syrischen Verteidigungsministerium angeschlossene C-Waffen-Firma findet sich neu auf der Liste. Insgesamt erweiterte die Schweiz ihre Personen- und Firmenliste um sieben Einzelpersonen und sechs Firmen.

Freiburg will Gentech verbieten

(sda) · Der Kanton Freiburg will den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft verbieten. Das Kantonsparlament nahm eine entsprechende Gesetzesänderung mit 88 gegen 2 Stimmen bei 8 Enthaltungen an. Mit diesem Entscheid will der Kanton gegenüber der Eidgenossenschaft ein Zeichen setzen. Ein Moratorium verbietet den GVO-Einsatz in der Schweiz bis 2017.

Streit um Zuger Kirschtortenplatz

(sda) · Der Streit um den Kirschtortenplatz in Zug geht weiter. Die nördliche Ecke des Bundesplatzes soll dem bekannten Gebäck gewidmet werden. Der Stadtrat hat entschieden, an der Namensänderung festzuhalten. Ein Anwohner hatte dagegen Beschwerde eingereicht. Er will nun Verwaltungsbeschwerde beim Regierungsrat einreichen. Der Stadtrat hat die Beschwerde behandelt und ein Zugeständnis gemacht: Der Name soll nun nicht mehr mit Bindestrich geschrieben werden, sondern in einem Wort.